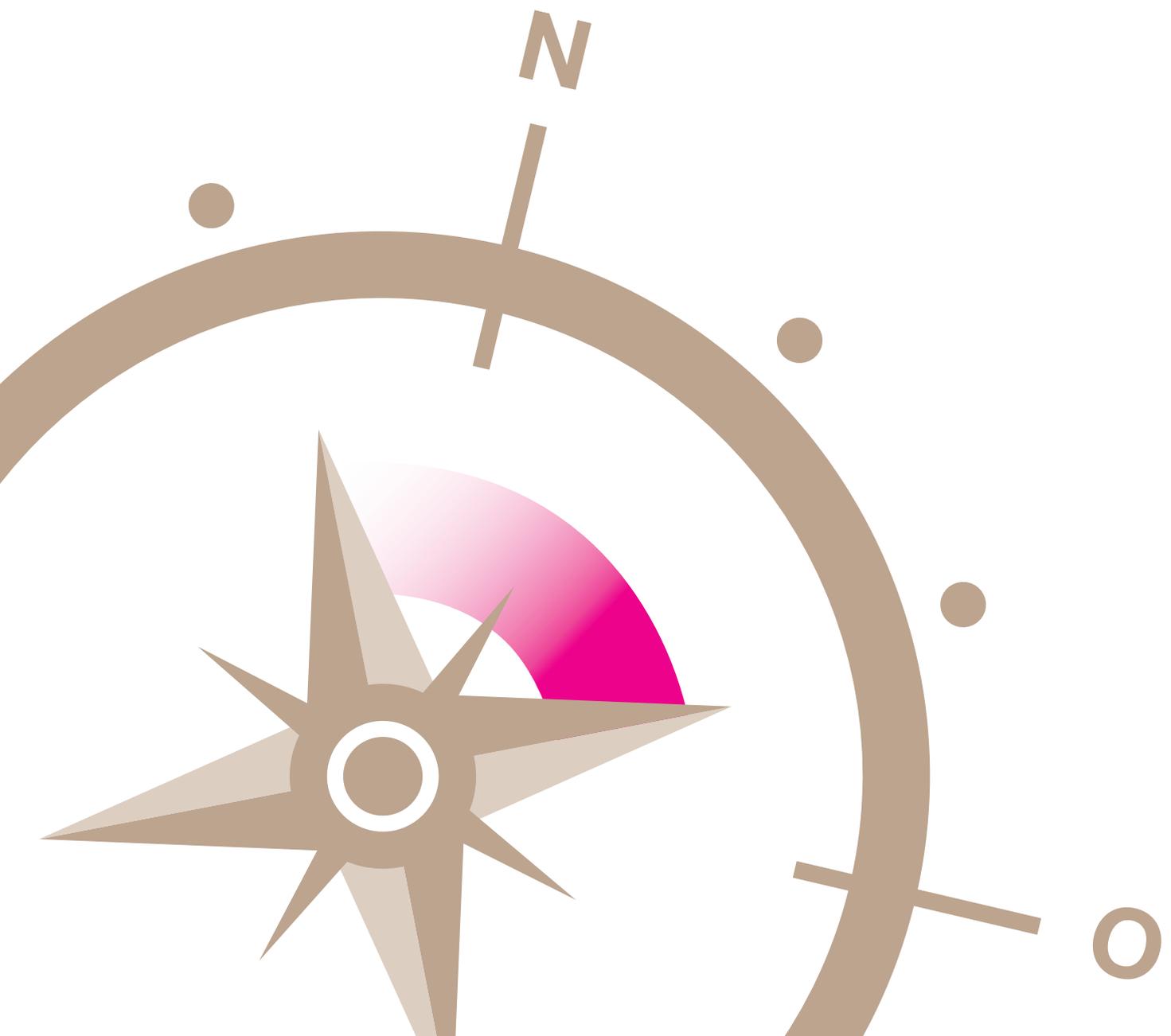


DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER

# ORDNUNGS- POLITISCHER PREIS

## Preisverleihung

17. Januar 2018 | Stadtbad Oderberger | Berlin



## **BEITRAG DES PREISTRÄGERS** **PROF. DR. JUSTUS HAUCAP**

### **Deutschlands teurer Energie-Irrweg**

Die milliardenschwere Förderung »grünen« Stroms in Deutschland hat praktisch null Klimaschutzwirkung, führt aber zu einem gefährlich steigenden Strompreis.

Deutschland geht international einen energiepolitischen Sonderweg. Neben dem doch sehr abrupten Ausstieg aus der Kernenergie, den die Merkel-Regierung im Juni 2011 beschloss, wird der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind in einem Ausmaß finanziell gefördert wie in keinem anderen Land der Erde. Das reine Subventionsvolumen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beträgt mittlerweile mehr als 25 Milliarden Euro im Jahr, also mehr als 300 Euro je Bürger jährlich. Hinzu kommen Kosten für den Netzausbau, erhöhten Ausgleichsenergiebedarf, Offshore-Haftungsumlagen, Investitionsförderungen und vieles mehr.

Bis 2015 beliefen sich die Kosten der Energiewende auf rund 150 Milliarden Euro. Aufgrund bereits eingegangener Verpflichtungen und Netzausbaubedarf werden diese Kosten in den nächsten zehn Jahren um ein Vielfaches auf insgesamt 520 Milliarden Euro steigen, so das Ergebnis einer Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomik DICE an der Universität Düsseldorf. Von 2016 bis 2025 ist mit Kosten von rund 37,50 Euro je Monat und Einwohner zu rechnen.

Da Haushalte nur einen Teil der Kosten direkt über ihre Stromrechnung bezahlen (rund ein Drittel der Kosten), während zwei Drittel von Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft etc. getragen werden, fällt das ganze Ausmaß der erhöhten Energiekosten den Bürgern nicht direkt ins Auge. Es ist jedoch davon

auszugehen, dass Industrie, Handel etc. ihrerseits die höheren Energiekosten über die Preise für Waren und Dienstleistungen weiterreichen, so dass die Bürger in Deutschland ultimativ die Kosten tragen, auch wenn sie nicht direkt in ihrer persönlichen Stromrechnung auftauchen.

#### **Die deutsche Förderung durch das EEG hat null Klimaschutzwirkung**

Die exorbitanten Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien werden von vielen Ökonomen schon lange aus zwei Gründen kritisiert. Zum einen führt die massive Förderung erneuerbarer Energien – paradoxerweise – nicht zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland oder der Europäischen Union. In Deutschland hat sich zwar die EEG-Umlage über die letzten beiden Legislaturperioden, also von 2009 bis 2017 mehr als verfünffacht. Die Treibhausgasemissionen lagen jedoch in Deutschland im Jahr 2016 über dem Niveau des Jahres 2009, auch im Energiebereich.

Der Grund liegt in der fehlenden Rückkopplung zwischen der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems europaweit festgelegten Obergrenze für CO<sub>2</sub>-Emissionen einerseits und der Förderung und dem Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien andererseits. Werden in EU-Land X (zum Beispiel Deutschland) die Emissionen reduziert, so können – über den Handel der Emissionsrechte – Unternehmen in Land Y ihre Emissionen

erhöhen. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland führt daher nur dazu, dass die deutschen Energieversorgerunternehmen weniger Emissionsrechte nachfragen und verbrauchen und so der Preis für Emissionsrechte sinkt. Ohne eine Stilllegung von Emissionsrechten oder eine anderweitige Kopplung zwischen dem Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Mengen an Emissionsrechten verpufft die Förderung der erneuerbaren Energien klimapolitisch komplett. Mit den Milliarden-Förderungen wird bisher keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> in Deutschland oder der EU eingespart. Warum Angela Merkel, die als Physikerin und kluger Kopf diesen Zusammenhang wohl verstanden haben wird, den teuren, klimapolitisch nutzlosen Irrweg nicht beendet, gehört zu den großen Rätseln.

Zudem kritisieren viele Ökonomen schon lange den in der Energiewende verfolgten planwirtschaftlichen Subventions- und Förder-Ansatz, das Ausschalten jeglicher Markt- und Wettbewerbsmechanismen. Mit einem System von inzwischen mehr als 5000 verschiedenen Einspeisevergütungen, also staatlich garantierten Abnahmepreisen, die den Erzeugern von EEG-Strom in der Regel für zwanzig Jahre sicher gewährt werden, wurden aufgrund der in den Vergütungen enthaltenen Traumrenditen sehr starke finanzielle Anreize gesetzt, in den Ausbau erneuerbarer Energien zu investieren. Das Tempo des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist seit 2005 atemberaubend. Jedoch explodieren die Kosten gleichermaßen, wie oben beschrieben. Der Grund für die Kostenexplosion lag vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, in der exorbitanten Förderung der Solarenergie. Während die Preise für Solarpanels seit 2005 drastisch fielen, wurden die Einspeisevergütungen nur sehr, sehr langsam angepasst.

### **Merkels gebrochenes Versprechen zur Ökostrom-Umlage**

Entgegen der Prognose vieler Ökonomen versprach Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2011, dass »die EEG-Umlage... nicht über ihre heutige Größenordnung hinaus steigen (soll); heute liegt sie bei etwa

3,5 Cent pro Kilowattstunde«. Schon im Jahr 2013 war dieses merkelsche Versprechen Makulatur, da die EEG-Förderung nahezu ungebremst weiterbetrieben wurde. Nichts wurde getan, um das Versprechen Realität werden zu lassen. Fünf Jahre nach dem Versprechen der Bundeskanzlerin war die EEG-Umlage um fast 100 Prozent gestiegen.

Vor der Bundestagswahl 2013 hatte die Bundeskanzlerin dann eine grundlegende Reform des EEG angekündigt. Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) legte im Januar 2014 Eckpunkte für eine Reform des EEG vor. Ein wesentliches Ziel der Reform sei es, »die bisherige Kostendynamik des EEG zu durchbrechen und so die Steigerung der Stromkosten für Stromverbraucher zu begrenzen«. Darüber hinaus sollten kurz- und mittelfristig folgende Themen angegangen werden: »die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, die Entwicklung eines zukunftsfähigen Strommarktdesigns, die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung, die Umsetzung der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie, die Weiterentwicklung der Netzreserve, die Modernisierung der Verteilernetze und die weitere Beschleunigung des Netzausbaus sowie die Vollendung des Energiebinnenmarkts«.

Die genannten Ziele sind durchaus begrüßenswert. Zum Teil gehen die Maßnahmen, mit denen die Ziele erreicht werden sollen, jedoch ordnungspolitisch in die völlig falsche Richtung. Sofern die Maßnahmen in die richtige Richtung weisen, kamen sie zu zögerlich. Das energiepolitische Programm ist nach wie vor überaus dirigistisch angelegt. Markt und Wettbewerb spielen noch immer eine sehr untergeordnete Rolle, vieles wird genau staatlich vorgegeben.

### **Eine große Energie-Planwirtschaft mit einer kleinen Preise Markt**

Die Förderung der erneuerbaren Energien ist nach wie vor technologiespezifisch, das heißt, es werden einzelne Stromerzeugungsarten wie Solar-, Windkraft- oder Biomasseanlagen etc. mit unterschiedlichen Einspeisevergütungen, Förderprogrammen und Subventionen begünstigt; wettbewerbliche

Elemente wurden erst ganz zuletzt in spürbarem Umfang eingeführt. Gepaart werden sollen die technologiespezifischen Subventionen nun – mit Ausnahme von Wasserkraft und Geothermie – mit technologiespezifischen Ausbaupfaden, welche die Zubaumenge vorgeben. Wer wann wo wie und wie viel Strom produzieren und verbrauchen soll – das alles wird zentral geplant, so die Grundidee der Bundesregierung. Verbote, Dirigismus und Bevormundungen werden gepaart mit üppigen Subventionen und einer gigantischen Umverteilungsmaschinerie. Die mangelnde Transparenz dieser unsystematischen Umverteilung ist ein Einfallstor für die Durchsetzung von Lobbyinteressen.

Als positiv zu werten ist jedoch – endlich – die Einführung von Wettbewerb in Teilen des erneuerbaren-Segments. Ein Teil des Zubaus an Kapazitäten zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien wird nicht mehr durch die zwischen Lobbyisten und Bürokraten ausgeklügelten und von Bundestag und Bundesrat abgesegneten Einspeisevergütungen gesteuert, sondern durch wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren. Sowohl die Ausschreibungen für großflächige Solarparks als auch für Offshore-Windparks (vor der Küste) haben dabei einen weitaus geringeren Subventionsbedarf ermittelt, als zuvor vermutet worden war.

Zu konzedieren ist, dass die erfolgte EEG-Reform – nach der Schockstarre und Tatenlosigkeit der Bundesregierung 2005 bis 2013 – die bisher größte Reform des EEG darstellt und zumindest in Teilen auch in die richtige Richtung geht. Jedoch ist die Reform zu zögerlich und zu langsam erfolgt. Zudem fehlen in vielen Bereichen noch immer Wettbewerbselemente. So fehlt nach wie vor eine Verpflichtung für sämtliche neuen Anlagen, den von ihnen erzeugten Strom auch selbst zu vermarkten. Insbesondere im Bereich der Photovoltaik ist die Direktvermarktung für die weitgehend kleinen Erzeuger nicht verpflichtend. Daraus folgt eine »Produce-and-Forget«-Mentalität, den Erzeugern ist völlig egal, ob und wie der Strom abgesetzt wird.

Selbst bei den zunehmend beobachtbaren negativen Strompreisen (weil es zu bestimmten Zeiten

solches Überangebot an Strom gibt, fällt der Strompreis an der Energiebörse unter null!) produzieren die Erzeuger von Ökostrom weiter und kassieren ihre Einspeisevergütung, obwohl die Netzbetreiber – und wegen der Umlage über das EEG letztlich die Verbraucher – zur selben Zeit eine Entsorgungsgebühr in Form negativer Preise zahlen müssen. Die von EEG-Apologeten oft vorgebrachte Anmerkung, dass Braun- und Steinkohle- oder auch Atomkraftwerke für die negativen Preise verantwortlich seien, ist hier fehlgeleitet. Diese müssen nämlich selbst die negativen Strompreise (und damit die »Entsorgung« des Stroms) bezahlen, werden also gerade nicht für die Stromerzeugung zu Zeiten negativer Strompreise belohnt, sondern – durch die negativen Preise – entsprechend bestraft. Aus ordnungspolitischer Sicht wäre daher zu fordern: Der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien sollte vollständig aufgegeben werden, und Erzeuger »grünen« Stroms sollten endlich selbst für seine Vermarktung verantwortlich sein, so wie es auf allen anderen Märkten der Volkswirtschaft üblich ist. Wer Geld verdienen will, muss sich um die Vermarktung seiner Erzeugnisse kümmern oder zumindest andere damit beauftragen. Dieses elementare Prinzip der Marktwirtschaft muss endlich auch im erneuerbaren Energie Bereich noch stärker Einzug halten. Die Merkel-Bundesregierung hat davor aber bislang zurückgeschreckt. Von wirklicher marktwirtschaftlicher Vernunft ist sie im Energiebereich nach wie vor weit entfernt.

### **Deutschlands hohe Stromkosten vertreiben peu à peu die Industrie**

Trotz kleiner Lichtblicke ist die deutsche Energiepolitik – insgesamt betrachtet – nicht besonders geeignet, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland zu sichern, wie im Koalitionsvertrag zu lesen war. Vielmehr riskieren wir nach wie vor eine dauerhafte Verlagerung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung ins Ausland. Die Strompreise in Deutschland zählen zu den höchsten in der Welt. Die deutschen Stromkunden zahlen fast 50 Prozent mehr als der europäische Durchschnitt und fast doppelt so viel wie etwa unsere französischen Nachbarn.

Aktuell sind zwar rund 2000 Unternehmen zumindest in Teilen von der EEG-Umlage befreit, während sie zugleich vom Verfall der Strompreise im Großhandel an der Strombörse profitieren. Es ist jedoch fraglich, wie lange dies so bleiben kann, auch angesichts der Beihilfenkontrolle durch die EU-Kommission.

Schon seit Jahren ist zu beobachten, dass gerade energieintensive Unternehmen sich schleichend aus Deutschland verabschieden: Die Nettoinvestitionen dieser Branchen sind negativ, das heißt, es wird weniger investiert als abgeschrieben. Die Branchen verabschieden sich zwar nicht mit einem großen Knall, aber peu à peu aus Deutschland. Investiert wird anderswo. Dies ist nicht schlecht für die betroffenen Arbeitsplätze, es dient auch dem Klimaschutz nicht, wenn die Produktion ins Ausland verlagert wird, wo es weniger strenge Auflagen für Emissionen gibt.

### **Keine Nachahmer des deutschen Sonderwegs in der Energiepolitik**

Insgesamt muss man von einem energie- und klimapolitischen Irrweg der Merkel-Regierung sprechen. Es wird zwar viel für die erneuerbaren Energi-

en getan, jedoch – paradoxerweise – wenig für den Klimaschutz. Die Vorschläge von Monopolkommission, Sachverständigenrat, Expertenkommission für Forschung und Innovation und anderen Experten fanden wenig Gehör. Dabei wäre es höchste Zeit für eine wirklich grundlegende Reform der energiepolitischen Rahmenbedingungen. Stattdessen ist es bisher bei Flickschusterei und einem Herumdoktern an Symptomen geblieben.

Aktuell ist nicht zu erkennen, dass irgendein anderes bedeutendes Land dem deutschen Sonderweg folgt – angesichts der dramatischen Kosten und der miserablen CO<sub>2</sub>-Bilanz kein Wunder. Nur wenn sich demonstrieren lässt, dass Klimaschutz nicht zu Kostenexplosionen, Versorgungsunsicherheit und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit führt, wird es Nachahmer geben, so dass die Energiewende als klimapolitischer Erfolg bezeichnet werden kann, der global zur Reduktion von Treibhausgasen beiträgt. Die Aussichten darauf sind aufgrund jeglicher Missachtung der Kosten allerdings trübe. So blieb bisher nur die Hoffnung, dass andere Staaten auch aus schlechten Beispielen Lehren ziehen können.

## **Kontakt**

### **DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.**

Dr. Daniel Mitrenga  
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin  
Tel. 030 300 65-412 | Fax 030 300 65-390  
mitrenga@familienunternehmer.eu  
www.familienunternehmer.eu